

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

22.02.2019

Verantwortungsvoller Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI)

[Künstliche Intelligenz \(KI\)](#) ist die neue „Industrielle Revolution“, bei der nur derjenige mitgestalten wird, der technologisch mithalten kann. Die meisten Unternehmensneugründungen in Sachen KI finden in den USA, gefolgt von China und Israel statt. Für [Deutschland](#) reicht es nur für einen Platz im Mittelfeld.

Damit sich daran etwas ändert, hat die [Bundesregierung](#) die neue KI-Strategie beschlossen: Danach soll die KI-Forschung gestärkt werden und die Forschungsergebnisse schneller zu konkurrenzfähige Unternehmensneugründungen führen.

Bei der KI-Forschung sollen z.B. 100 neue KI-Professuren geschaffen werden. Gleichzeitig soll das neu gegründete Fraunhofer-Zentrum für Kognitive Produktionssysteme dazu beitragen, dass für kleine und mittelgroße Unternehmen geeignete Produktionstechniken entwickelt werden, damit Forschungsergebnisse schneller wirtschaftlich umgesetzt werden.

Bis 2025 will der Bund so insgesamt etwa drei Milliarden Euro für die Umsetzung der Strategie bereitstellen. Neben der verstärkten Forschung und der Beschleunigung des Transfers von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft, soll auch noch ein deutsch-französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk errichtet werden. Nach Auffassung der Bundesregierung bilden Themen wie Muster- und Spracherkennung, maschinelles Lernen und neuronale Netzwerke derzeit die Schwerpunkte bei der Forschung und Entwicklung von KI. Darüber hinaus soll der Strukturwandel in Unternehmen, am Arbeitsmarkt und in den Verwaltungen unterstützt werden.

„Der internationale Wettbewerb um die Vorreiterrolle bei der Entwicklung von KI ist in vollem Gange. Damit wir in Deutschland aus diesem Wettbewerb als Gewinner hervorgehen, müssen wir das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz und dem Zugang zu Daten so auflösen, dass Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Deutschland mehr qualitativ hochwertige Daten zur Verfügung haben, ohne dabei Persönlichkeitsrechte zu verletzen oder in Betriebsgeheimnisse einzugreifen“, stellt die Stellvertretende Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön klar. Dazu gelte es in erster

Linie, Anreize für das freiwillige Teilen von Daten zu setzen und die Interoperabilität von Datenformaten in Europa voranzubringen. Ein staatlich verordneter Zwang zum Offenlegen von Daten, wie es die SPD vorschlägt, könne hingegen zum Bumerang werden, so Schön. „Denn dann müssten auch unsere erfolgreichen Mittelständler ihre Maschinendaten mit chinesischen und amerikanischen Plattformen teilen. Über Jahrzehnte angehäuften Spezialwissen würde damit internationalen Konkurrenten zugänglich. Das kann nicht unser Ziel sein. Gerade unsere kleinen- und mittelständischen Unternehmen müssen in Zukunft von mehr Datenzugang profitieren.“

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek stellt fest, dass KI verantwortungsvoll und am Gemeinwohl ausgerichtet zu nutzen ist. Verhaltenskontrolle durch KI, wie sie in autoritär regierten Ländern angestrebt wird, werde man in Deutschland niemals akzeptieren.

Der Berichterstatter der Unionsfraktion für KI, Andreas Steier, weist darauf hin, dass der Umgang mit Daten bei der Technologie eine herausragende Rolle spielt. „Wir müssen die Speicherung, Nutzung und Verwertung der Daten auch weiterhin sicherstellen.“ Das gelte insbesondere auch für die Entwicklung beim autonomen Fahren.

Ronja Kemmer, Obfrau von CDU/CSU in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“, verweist insbesondere auf die Bedeutung von KI für den Mittelstand und ländliche Regionen. „Wir brauchen KI auch in der Fläche“, so Kemmer. „Das ist realistisch, aber auch kein Selbstläufer.“

Der Digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, [Tankred Schipanski](#), macht deutlich, dass „gute KI aber auch gute Daten“ benötigt. „Voraussetzung dafür sind innovative Rahmenbedingungen für Datennutzung. Dies gilt vor allem auf europäischer Ebene. Es ist ein richtiges Signal, dass eine europaweit verpflichtende, KI-freundliche Text- und Datamining-Regelung jetzt in den Entwurf der EU Urheberrechtsrichtlinie aufgenommen wurde.“

Basel III und die Mittelstandsfinanzierung

Die bayerischen Kammern und Bankenverbände fordern eine mittelstandsgerechte Umsetzung des vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) finalisierten Regulierungspakets Basel III. Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen dürften durch die vorgeschlagenen Regeln nicht unter Druck geraten, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier. Der europäische Gesetzgeber müsse deshalb bei der Umsetzung die Besonderheiten des deutschen Markts berücksichtigen. "Die langfristige Kreditvergabe verschafft Unternehmen die notwendige Planungssicherheit für ihre Investitionen und ermöglicht Wirtschaftswachstum", heben Kammern und Verbände in dem Papier hervor. Auswirkungsschätzungen lassen jedoch einen erheblichen Anstieg der Eigenkapitalanforderungen für Unternehmenskredite durch die Basel III-Vorgaben erwarten. Das würde das Potenzial für die Kreditvergabe mindern und die Finanzierungsbedingungen für mittelständische Betriebe verteuern. Damit es nicht soweit kommt, haben die bayerischen Kammern und Bankenverbände mehrere Forderungen aufgestellt. Sie treten unter anderem dafür ein, den in der Praxis bewährten "KMU-Faktor" im Zuge der Basel III-Finalisierung dauerhaft beizubehalten. Dieser Faktor sorgt bislang für eine risikogerechte Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten und stellt somit angemessene Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Betriebe sicher. Außerdem sprechen sich Kammern und Bankenverbände dagegen aus, das sogenannte "Granularitätskriterium" zu härten. Dies hätte zur Folge, dass kleinere Banken Kredite ab einer bestimmten Größenklasse in Zukunft nur noch zu ungünstigeren Konditionen ausreichen dürften. Link zum Positionspapier: <https://www.gv-bayern.de/positionspapier-basel3>, und <https://www.gv-bayern.de/standard/artikel/basel-iii-finalisierung-darf-mittelstandsfinanzierung-nicht-erschweren-11089>

Brexit-Checkliste für Unternehmen

Kommt kein Austrittsabkommen zustande, durch das ein Übergangszeitraum bis Ende 2020 geschaffen würde (mit der Möglichkeit einer im Austrittsabkommen vorgesehenen Verlängerung), wird das Vereinigte Königreich ab dem 30. März 2019 für Zollzwecke als Drittland behandelt. Unternehmen in der EU müssen nun dringend damit beginnen, sich auf den Austritt des Vereinigten Königreichs vorzubereiten, falls sie dies noch nicht getan haben. Die EU-Unternehmen müssen sich auf diesen Fall vorbereiten. [Eine Checkliste](#) der Kommission soll ihnen helfen, die wichtigsten Fragen anzugehen.

Erstattung rezeptfreier Arzneimittel

Von den 109 gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland erstatten 76 ihren Versicherten freiwillig bestimmte rezeptfreie Arzneimittel. Davon profitieren vor allem Schwangere, wie der Deutsche Apotheker-

verband (DAV) am Dienstag mitteilte. Die Frauen bekämen bei 41 Krankenkassen ihre Arzneimittel mit Eisen, Magnesium, Folsäure oder Jodid unter bestimmten Bedingungen als Satzungsleistung erstattet. Während rezeptpflichtige Arzneimittel normalerweise per Sachleistungsprinzip von den Krankenkassen erstattet werden, müssen die Versicherten rezeptfreie Medikamente üblicherweise privat bezahlen. Ausnahmen gibt es vor allem für Minderjährige. «Mit ihren freiwilligen Satzungsleistungen wollen sich die Krankenkassen im Wettbewerb gegeneinander profilieren», sagte DAV-Selbstmedikationsbeauftragter Stefan Fink. Bei der Selbstmedikation könnten sich daraus sinnvolle Angebote für einzelne Patientengruppen ergeben. (KNA)

Bürgerbeteiligung zur Zukunft Europas

Wer die Gelegenheit nutzen möchte, sich an der [Konsultation](#) über Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der Zukunft der EU zu beteiligen möchte, kann dies nun tun. Es geht hierbei nicht um den Entwurf von EU-Vorschriften und -Bestimmungen, sondern darum, dass die Stimme von Bürgern von EU-Politikern gehört werden, um dabei zu helfen, die richtigen Prioritäten für die kommenden Jahre zu setzen. Sie vervollständigt damit andere Initiativen der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas.

Frieden als Erfolg der EU

Die Mehrheit der Deutschen sieht den Frieden als wichtigste Errungenschaft der EU an. Bei einer am 18.2.2019 in Berlin vorgestellten Eurobarometer-Umfrage gaben dies 53 Prozent der Deutschen an. Gut 100 Tag vor der Europawahl hatten demnach rund die 47 Prozent der Deutschen ein positives Bild der EU und 15 Prozent ein negatives - die übrigen ein neutrales. Die EU ist für 86 Prozent der Deutschen ein selbstverständlicher Bestandteil ihres Alltags. Mehr als drei Viertel der Deutschen waren laut Umfrage der Überzeugung, dass die EU in einer globalisierten Welt mit einer Stimme sprechen müsse. Als wichtigste Projekte der EU unterstützten 92 Prozent der Deutschen die Freizügigkeit, und jeweils über drei Viertel eine gemeinsame Politik in den Bereichen Energie, Handel, Verteidigung und Sicherheit, Wirtschaft und Währung, sowie in der Einwanderungs- und Außenpolitik. Breite Skepsis herrschte aber gegenüber einer zusätzlichen Erweiterung. Über 60 Prozent sprachen sich laut Umfrage dagegen aus. Als größte Herausforderung nannten 45 Prozent der Deutschen und 40 Prozent der übrigen Europäer die Einwanderung in die EU. (KNA)

Zitat

„Wir hatten etwas dicke Luft in den vergangenen Tagen in der Koalition. Aber jetzt ist sie rein und klar.“ (Baden-Württembergs Vize-Regierungschef Thomas Strobl, CDU, am Dienstag in Stuttgart. DPA)